

Hauptschule in Gesamtschule umwandeln!

Die Zahl der Anmeldungen an den Gladbecker Hauptschulen ist für das kommende Schuljahr dramatisch eingebrochen. Mit Ausnahme der Erich-Fried-Schule kommen an keiner der anderen drei Hauptschulen die erforderlichen Schülerzahlen zur Bildung der Mindestgröße von zwei Eingangsklassen zusammen. Die grüne Ratsfraktion hat sich intensiv mit dieser Entwicklung beschäftigt und schlägt weitreichende Konsequenzen vor: Sie wollen, dass die Zweckeler Willy-Brandt-Hauptschule in eine Gesamtschule umgewandelt wird.

Fraktionsvorsitzender Mario Herrmann erläutert die Vorstellungen der Fraktion:

„Der Vorschlag der Verwaltung, im kommenden Schuljahr nur an der Erich-Fried-Schule und an der Elsa-Brandström-Schule je zwei Eingangsklassen einzurichten, ist plausibel und alternativlos. Er löst jedoch nicht die grundsätzlichen Probleme, die durch die beschleunigte „Flucht von der Hauptschule“ ausgelöst werden. Es ist kaum damit zu rechnen, dass sich dieser Trend in den nächsten Jahren wesentlich verändern wird. Für die Gladbecker Schulentwicklungsplanung ergibt sich daraus, dass in wenigen Jahren zwei der vier städtischen Hauptschulen

schließen werden.

Von der derzeitigen Landesregierung ist nicht zu erwarten, dass sie die dringend notwendige Veränderung der Schulstruktur hin zur Gemeinschaftsschule für alle Kinder in Angriff nimmt. Obwohl Entwicklungen wie in Gladbeck landesweit zu beobachten sind, verharrt die schwarz-gelbe Schulpolitik der Regierung Rüttgers in ihrem Autismus und ignoriert die anhaltende „Abstimmung mit den Füßen“.

Um auch unter diesen nachteiligen Rahmenbedingungen eine wohnortnahe Beschulung in Zweckel sicherstellen zu können, haben wir im

Schulausschuss beantragt, die dortige Willy-Brandt-Schule sukzessive in eine Gesamtschule umzuwandeln. Schon heute hat die Ingeborg-Drewitz-Gesamtschule weit mehr Anmeldungen von Fünftklässlern als jede andere Gladbecker Schule und kann nicht allen Aufnahme-wünschen nachkommen. Dieser Überhang könnte jedoch noch nicht ausreichend sein, um die Einrichtung einer weiteren Gesamtschule durchzusetzen. Daher fordern wir die Verwaltung auf, auch die Einrichtung einer Gesamtschule als Dependance der Rentforter Gesamtschule in die Ü-

berlegungen einzubeziehen. So könnten in Zweckel die SchülerInnen der Sekundarstufe 1 beschult werden, die dann nach der 10. Klasse zum Besuch der Sekundarstufe 2 nach Rentfort „umziehen“ müssten.

Die Entscheidung im Ausschuss wurde vertagt. In einer Sondersitzung soll über die Zukunft der Hauptschulen beraten werden. Wir gehen davon aus, dass die anderen Fraktionen des Rates den offensichtlichen Handlungsbedarf erkennen und unsere Initiative unterstützen werden!“



Nicht jede Ecke ausleuchten!



Foto: Pixelio.de / M. Beßler

Dass es im Wald "dunkel und bitter, bitter kalt" ist, lernen Kinder schon bei Hänsel und Gretel. SPD und BIG wollen sich mit dieser Kinderweisheit allerdings nicht abfinden und planen, den Wittringer Wald mit 152 Straßenlaternen zu beleuch-

ten. Das ist nicht nur ökologisch und naturästhetisch bedenklich, sondern vor allem auch sehr teuer.

Geschätzte 220.000 Euro kostet die Elektrifizierung und Beleuchtung des Waldes. Natürlich leidet auch

die Flora und Fauna des Waldes unter der künstlichen Beleuchtung. Dass sich der Bauausschuss dieser Diskussion nicht stellen wollte, sich im Gegenteil über die ökologischen Bedenken nur amüsierte, ist bedenklich und spiegelt die geringe Wertschätzung von SPD/BIG und CDU gegenüber der Schöpfung wider. Traurig erscheint dies insbesondere vor dem Hintergrund der UN-Biodiversitätskonferenz, die Deutschland Ende Mai ausrichtet und für die sich Uli Rolands Parteigenosse Sigmar Gabriel (SPD) stark macht. Insbesondere der Insektenfauna (z.B. Nachtfalter, Netzflügler, Köcherfliegen und Käfer) droht eine kontinuierliche Schwächung. Nachtfalter sind nicht nur wichtige Blütenbestäuber, sondern auch Nahrung für unzählige andere Tiere, beispielsweise für Vögel und Fledermäuse. Fledermäuse verlassen ihre Quartiere häufig nicht, solange Licht in die Ausflugsöffnungen einfällt, und ziehen sich langfristig aus beleuchteten Räumen zurück.

Es ist damit absolut unverständlich, dass das teure Beleuchtungsprojekt ausgeglichen mit Fördergeldern aus einem Ökologieprogramm finanziert werden soll. Über die zusätzlich zu

den Installationskosten anfallenden jährlichen Unterhaltskosten für Wartung und Strom wollte oder konnte die Verwaltung nichts sagen, und das, obwohl Bürgermeister Ulrich Roland erst in seiner letzten Haushaltsrede auf die Notwendigkeit eines sparsamen und verantwortungsvollen Umgangs mit öffentlichen Geldern hingewiesen hat. Ohne Hosen stehen der Bürgermeister und die anderen Fraktionen mit dieser Maßnahme aber auch in Sachen Klimaschutz da: Noch vor kurzem hat Ulrich Roland sich mit seinem groß angekündigten kommunalen Klimaschutzprogramm den sparsamen Umgang mit Energie auf die Fahnen geschrieben - jetzt zeigt sich: Das alles waren leere Sonntagsreden.

Wir Grüne lehnen das teure Vorhaben ab, da hiermit das wichtigste Naherholungsgebiet weiter verstädtert, seltene Tiere gefährdet und Unsummen ausgegeben werden, die die Stadt dringend an anderer Stelle benötigt.

Der natürliche Eindruck des Waldes, sprich die Schönheit der Natur, nimmt mit dem massiven Einzug technischer, städtischer Elemente wie der Straßenbeleuch-

Die Walnuss ist Baum des Jahres 2008



Das ist schon etwas merkwürdig: da gibt es einen Baum wie die Echte Walnuss (*Juglans regia* L.), der trägt nur 5 Monate Blätter, hat keine auffällige Blüte oder Herbstfärbung, keine bunten Früchte. Und trotzdem ist jeder, der einen Nussbaum in seinem Gar-

ten stehen hat, stolz darauf. Auch wir Grünen lieben den großen Walnussbaum im Hof vor unserem Büro. Der Walnussbaum hat mindestens zwei Dinge von allerhöchster Qualität zu bieten: das edelste Holz und die besten aller Nüsse. Außer dem bekommt der Baum

durch seine silbrige Rinde und seine knorrigen Äste Charakter. Und dass er die Blätter nur so kurz trägt, ist gerade sein Vorteil als Hausbaum. Denn er wirft erst im späten Frühjahr Schatten und lässt im frühen Herbst schon wieder die Sonne durchscheinen.

Gehwege in der Mittelstraße sollen zum Parken neu gepflastert werden



„Achtung Kinder!“, warnt das Verkehrsschild vor dem Ratsgymnasium in der Mittelstraße. (Foto oben) Hier gilt aber längst die Parole „Achtung Autos“, denn das Blech parkt jeden verfügbaren Quadratmeter zu: Der Vorplatz des Ratsgymnasiums wurde schon lange zum Lehrerparkplatz degradiert. Die Gehwege entlang der Mittelstraße werden Stoßstange an Stoßstange zugeparkt. Fußgänger müssen sich mit dem übrig bleibenden Streifen begnügen. Der Platz reicht aber häufig für Rollatoren, für Rollstuhlfahrer oder Eltern mit Kinderwagen kaum aus (Foto unten). Ein Begegnen ist kaum möglich. Schüler und andere Passanten müssen dann auf die Straße ausweichen. Ein inakzeptabler Zustand!



Zum Ausbauprogramm für Gehwege (insbesondere zur Pflasterung der Gehwege an der Mittelstraße) nimmt Stadtverbandsprecher Bernd Lehmann für die GRÜNEN wie folgt Stellung:

Schon lange sind uns GRÜNEN die Autos, die entlang der Mittelstraße voll auf dem Gehweg parken, ein Dorn im Auge. Insofern waren wir - und auch die anderen Fraktionen - in der Vergangenheit nicht bereit, Gelder in die Erneuerung der total kaputten Gehwegbeläge zu stecken. Auch mit unserem letzten Antrag für den Bauausschuss, Lösungen für die Parkproblematik im "St. Barbara Quartier" zu suchen, setzte sich die

Verwaltung leider nicht auseinander, sondern vertröstete auf einen Bericht gegen Ende des Jahres.

Wir Grüne schlugen vor, ein System aus Einbahnstraßen zu installieren, so dass die parkenden Fahrzeuge zukünftig auf der Fahrbahn parken können und die Gehwege endlich für die Fußgänger nutzbar sind.

Ohnehin ist es ein Skandal, dass gerade im Hinblick auf die benachbarte Schule, das Krankenhaus und das Caritas-Wohnheim sich Schüler, Kranke und alte Menschen an den parkenden Autos vorbeizwängen müssen. Rollstuhlfahrern, Menschen mit Rollatoren oder Gehhilfen und Eltern mit Kinderwagen bleibt kaum Platz zum Bewegen. Eine Lösung scheint aber weder der Verwaltung noch

den anderen Fraktionen ein drängendes Anliegen zu sein. Obwohl jetzt für insgesamt 70.000 Euro (!!) die sogenannten Gehwege entlang der Mittelstraße neu gepflastert werden sollen, will man anschließend das

Parken auf den neu gepflasterten Gehwegen (eigentlich sind es ja eher Parkspuren) gestatten. Das neue Pflaster stapelt sich schon am Caritas-Wohnheim. Den Fußgängern wird es leider auf absehbare Zeit nicht zu Gute kommen.



„Ein gelungener Kompromiss!“

Zu dem WAZ-Bericht "Alles für Radfahrer" vom 19.03.2008 nimmt Stadtverbandsprecher Bernd Lehmann für Bündnis 90/DIE GRÜNEN wie folgt Stellung:

Schon als ich 1997 nach Gladbeck zog, sah das städtische Radverkehrsprogramm die Umgestaltung der Feldhauser Straße zur Verbesserung der Radverkehrsführung und zur Reduzierung der Kfz-Geschwindigkeiten vor. Wir Grünen haben in den vergangenen Jahren wiederholt beim Kreis und bei der Stadt auf die Umsetzung der Maßnahme gedrängt. Und wie so oft gilt: Was lange währt, wird endlich gut. Mit kleinen Mitteln wurde der Fahrkomfort für den Radler mit Markierung des Radfahrstreifens deutlich erhöht. Völlig zu Recht betont der neue Stadtbaurat Tum, dass Rad-

Siebzehn neue Bäume zieren die Feldhauser Straße.



ler in den meisten Fällen auf der Straße am besten aufgehoben sind.

Die Zusammenlegung von Rad- und Fußweg in Richtung Zweckel hingegen ist ein akzeptabler Kompromiss, wird doch so die vorhandene, wunderschöne Baumreihe bis Süden verlängert und eine weitere Gladbecker Straße zu einer stattlich baumbestandenen Straße aufgewertet. Inzwischen wurden auch die letzten Pflanzscheiben mit Bäumen besetzt und damit hoffentlich auch die Aufregung in den Reihen der Sozialdemokraten gelindert. Insgesamt zieren jetzt 17 neue Bäume den Abschnitt.

Eine gelungene, vernünftige und nicht zuletzt ansprechende Lösung für die ich mich im Namen der Grünen bei der Stadt- und Kreisverwaltung bedanke.

Uechtmanstraße: Grüne nehmen SPD in die Pflicht

Nach dem erneuten Raserunfall auf der Uechtmanstraße erneuern die GRÜNEN ihre Forderung nach Geschwindigkeitsreduzierungen. "Jetzt ist die SPD in der Pflicht", will Grünen-Ratsherr Mario Herrmann Taten nach den Ankündigungen der Genossen sehen.

Mitte Februar ließen sich die SPD-Ratsherren Gregor Vollmer und Klaus Omlor noch in der WAZ mit Verweis auf die "besorgten Eltern" wie folgt zitieren: "Für die SPD hat bei der Einrichtung von Tempo-30-Zonen der Schutz der Anwohner und Schulkinder grundsätzlich Vorrang vor der Freude am

Fahren!" (WAZ vom 12.02.2008). Kurz zuvor hatte die SPD-Fraktion noch gegen einen Antrag der Grünen im Bauausschuss ge-

stimmt, die Tempo-30-Zone zum Schutz der Bewohner im Neubaugebiet "Berliner Straße" bis in die obere Uechtmanstraße zu verlän-

gern (Ausschuss vom 9.08.2007). Die CDU nahm die Debatte im Ausschuss sogar zum Anlass, auch noch die Geschwindigkeitsbeschränkung in der Berliner Straße aufzuheben und durchgängig Tempo-50 einzufordern.

Aufgrund der öffentlichen Äußerungen der SPD und des neuerlichen Verkehrsunfalls wollen die Grünen die Geschwindigkeitsreduzierung erneut in den Ausschuss bringen. Herrmann: "Dann muss die SPD zeigen, dass sie es ernst mit dem Schutz der Anwohner meint!"



Foto: Pixelio.de / T. Sawyer

→ [Antrag vom 27. Juli 2007](#)

Eier-Aktion: Käfighaltung ist Tierquälerei!



AktivistInnen am Grünen-Stand: Simone Steffens, Barbara Holt, Luca Götte, Jennifer Götte, Elke-Marita Stuckel-Lotz (v.l.n.r)

"Kein Ei mit der 3", lautete immer wieder die Botschaft, mit der die Grünen an ihrem Osterstand für artgerechte Hühnerhaltung warben. Denn die 3 im Zahlencode, der auf jedem Ei aufgedruckt ist, steht für Käfighaltung. Der Platz, der Hühnern in Legebatterien zur Verfüg-

ung steht, ist kleiner als ein DIN A4 Blatt.

"Käfighaltung ist Tierquälerei", sind die Grünen überzeugt. Sie verteilten am Ostertag 300 grüne Ostereier aus ökologischer Erzeugung. "Unser Stand war wichtig", meint Barbara

Holt. Viele Passanten in der Innenstadt wären sich über die unterschiedlichen Haltungsförmlichkeiten der Hühner gar nicht bewusst gewesen. Die Bedeutung des Strichcodes auf den Eiern sei vielen unbekannt gewesen. Holt: "Die Null steht für Eier aus ökologischer Erzeugung. Diese garantiert eine artgerechte Tierhaltung mit freiem Auslauf auf grünen Wiesen. Die Tiere können ihrem Naturell entsprechend picken, scharren und sandbaden. Futter besteht aus kontrolliert-ökologischer Erzeugung: ohne Antibiotika und Leistungsförderer, ohne Tier- und Fischmehl, ohne synthetische Dotterfarbstoffe!"

Das Thema Tierschutz kam bei den Ostereinkäufern gut an. "Es war zwar sehr kalt, aber das rege Interesse und der Zuspruch lässt einen die gefrorenen Finger schnell vergessen", ziehen die grünen AktivistInnen ein positives Resümee.

Stadt verteilt Umweltmalbücher



Auch in diesem Jahr erhalten die Gladbecker Kindergärten wieder die beliebten Malbücher „Kinder sorgen für die schöne Welt von morgen“. Die mittlerweile sechste Ausgabe dieses Malbuches wird von der Stadtverwaltung Gladbeck in Zusammenarbeit mit 54 Sponsoren aus der örtlichen Wirtschaft herausgegeben.

Umweltgedanken auf spielerische Art und Weise vermitteln

In Wort und Bild wird aufgezeigt, was es mit dem Begriff „Umwelt“ auf sich hat. Kindgerecht wird anschaulich gezeigt, wie man sich im Alltag, sei es in der Schule, in der Freizeit oder auch in der Familie, umweltfreundlich verhalten kann. Dieses Malbuch wurde von Fachleuten sorgfältig ausgearbeitet. Die Aufmachung des Buches ist so gestaltet, dass sich Kinder damit länger beschäftigen als mit sonst üblichen Informationsmaterialien. Zudem ist das Malbuch umweltfreundlich aus 100 % Recyclingpapier hergestellt.

Alle Gladbecker Kindergärten haben bereits vom Umweltreferat der Stadt Gladbeck die Malbücher erhalten. Mit dieser Aktion gelingt es Jahr für Jahr, den Umweltgedanken auf spielerische Art und Weise in die Kindergärten hineinragen.

Natur- und Umweltschutz vor Ort erleben

Der Umweltschutz gewinnt immer mehr an Bedeutung. Deshalb ist es wichtig, dass Unternehmen und Institutionen ihre Türen öffnen und Einblicke in ihre örtlichen Betriebe geben, um zu zeigen, wie sie mit dem Thema Umweltschutz umgehen.

Die neueste Auflage des beliebten Exkursionsführers der Stadt Gladbeck nennt wieder zahlreiche Firmen und Institutionen, die Einblicke in ihre Betriebe geben. Die Teilnahme an Exkursionen, Besichtigungen und Führungen in einer der genannten Einrichtungen bietet allen Interessierten die Gelegenheit, Umweltschutzproblematik sowie Lösungs-

ansätze in der Praxis vor Ort zu erleben und mit Fachleuten zu diskutieren. Völlig neu überarbeitet hat den Exkursionsführer Dr. Dieter Briese vom Referat für Umwelt und Lokale Agenda 21 der Stadt Gladbeck. Insbe-

Exkursionsführer

sondere Kinder und Jugendliche können mit ihm praxisnah die Notwendigkeit von Umweltschutz und umweltgerechtem Handeln erfahren.

Die Broschüre soll Schulen, Interessensgemeinschaften, Vereinen und Gruppen den Weg zu lohnenden Exkursi-

onszielen in Gladbeck und in der näheren Umgebung zeigen. Alle Gladbecker Schulen haben diese Neuauflage bereits erhalten.

Der Exkursionsführer Umwelt ist für Interessenten kostenlos bei der Stadtverwaltung Gladbeck im Alten Rathaus, Gladbeck-Information, Zimmer 19 und im Referat für Umwelt und Lokale Agenda 21, Zimmer 111, zu erhalten.

Als Ansprechpartner stehen Dr. Dieter Briese, Tel.: 02043/99-2610, und Eva Klein, Tel.: 02043/99-2116, vom Umweltreferat der Stadt Gladbeck zur Verfügung.

Luftreinhalteplan liegt aus

Die Bezirksregierung Münster hat ihren Entwurf des Luftreinhalteplans für die Städte Gladbeck, Bottrop, Gelsenkirchen, Herten, Recklinghausen und Castrop-Rauxel veröffentlicht, der zur Minderung der Feinstaub- und Stickstoffdioxidbelastung beitragen soll.

In den Jahren 2004 bis 2007 wurden in Ruhrgebietsstädten Überschreitungen der zulässigen Immissionsgrenzwerte für Feinstaub (PM10) und Stickstoffdioxid (NO₂) festgestellt. Erste Messdaten aus dem Jahr 2008 bestätigen weitere Überschreitungen. Nach den gesetzlichen Vorschriften ergab sich hiermit für die Bezirksregierung Münster die Verpflichtung,

Luftreinhaltepläne aufzustellen. Analysen der lufthygienischen Situation zeigen, dass neben der Industrie und dem Verkehr auch andere Quellen wie private Heizungen zu den Luftschadstoffbelastungen beitragen. Die Hauptbelastung in Straßen mit "schluchtenartiger Bebauung" geht hinsichtlich der Schadstoffe Stickstoffdioxid (NO₂) und Feinstaub (PM10) allerdings vom Verkehr aus. Somit müssen neben der weiteren Senkung der Emissionen aus stationären industriellen Anlagen sowie privaten und gewerblichen Kleinf Feuerungsanlagen vor allem die Kraftfahrzeugemissionen vermindert werden.

Im Rahmen der Arbeiten zur Erstellung des Luftreinhalte-

plans Ruhrgebiet wurden aufgrund neuerer Untersuchungsergebnisse starke Verflechtungen zwischen lokalen Belastungsschwerpunkten und deren "Umfeld" festgestellt. Vor dem Hintergrund dieser Verflechtungen wurden die zu erwartenden Auswirkungen auf die lufthygienische Situation großflächig prognostiziert und in Form von "Ampelkarten" dargestellt.

Insgesamt ist es für eine wirkungsvolle Luftreinhalteplanung notwendig, sämtliche in den Luftreinhalteplan aufgenommenen Regelungen auch weiterhin auf ihre Wirksamkeit hin zu untersuchen. Die Teilpläne sehen ein dynamisches Umwelt- und Evaluationskonzept mit zeitlich gestaffelten Schrit-

ten vor, die, wenn nötig, umgesetzt werden.

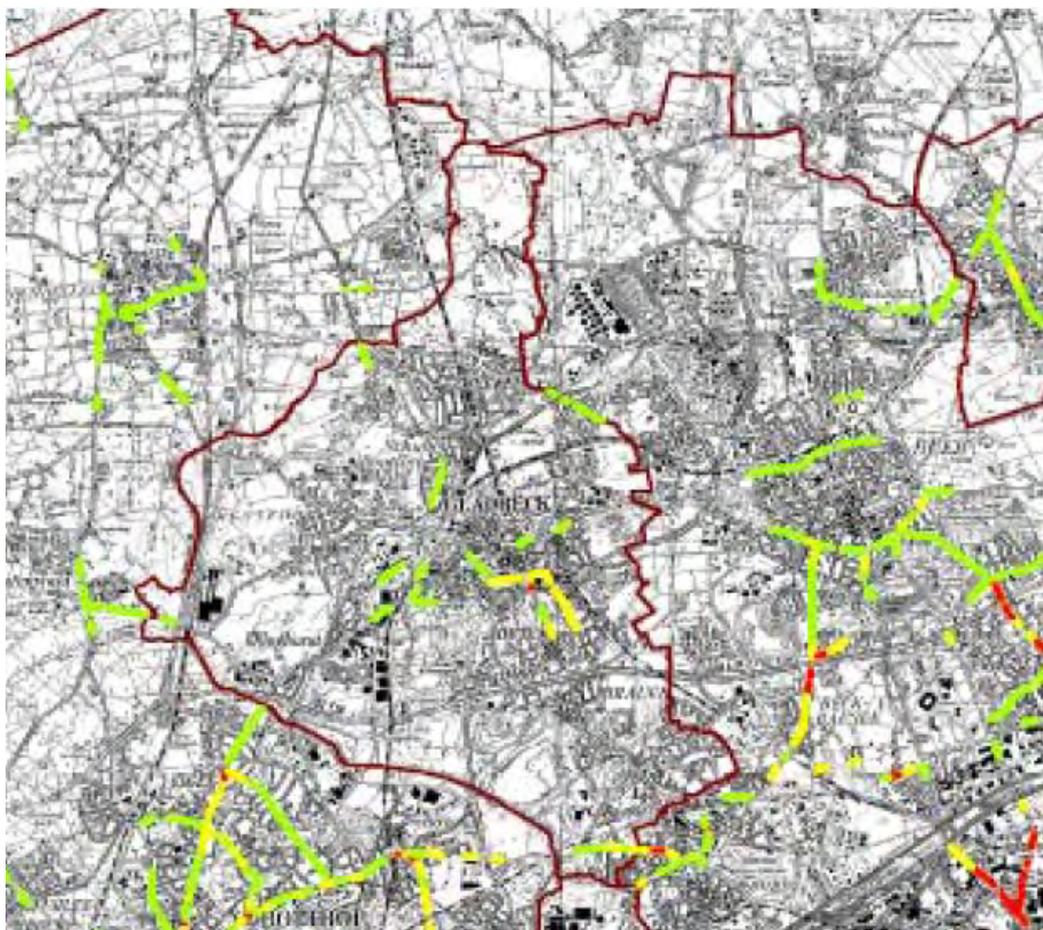
Für Gladbeck wurden die Wilhelmstraße und die Graben-/Landstraße als belastete Straßenzüge kartiert. Der Luftreinhalteplan schlägt zur Reduzierung der Belastungen u.a. ein Durchfahrtsverbot von Lkw über 3,5 Tonnen sowie den Einsatz von schadstoffarmen Linienbussen vor. Die Verwaltung kommt allerdings zu dem Ergebnis, dass weder ein Durchfahrtsverbot zu realisieren noch eine Umweltzone einzurichten sei. Trotz Handlungsbedarf wird die Stadt Gladbeck also in diesem Bereich keine Maßnahmen zum Schutz der Anwohner umsetzen.

Die B224, an die u.a. die Gärten der Gartenstraße unmittelbar angrenzen, wurde aus dem Luftreinhalteplan von vornherein ausgeklammert. Warum in Essen die B224 aufgrund der Feinstaubbelastungen für den Lkw-Verkehr gesperrt wurde, in Gladbeck aber gar nicht erst betrachtet wird, konnte der Vertreter der Bezirksregierung in der Sitzung des Umweltausschusses nicht beantworten.

Seit dem 21. April 2008 liegt der Entwurf des Luftreinhalteplanes im Alten Rathaus der Stadt Gladbeck, Gladbeck Information, Zimmer 19, für einen Monat öffentlich aus. Anregungen können bis zum 3. Juni bei der Bezirksregierung Münster geltend gemacht werden.

→ [Entwurf des Luftreinhalteplans \(7 MB\)](#)

→ [Vortrag aus dem Umweltausschuss \(3 MB\)](#)



Von Feinstaub (PM10) und Stickstoffdioxid (NO_x) belastete Straßen in Gladbeck / „Ampelkarte“ (Quelle: Bezirksregierung Münster)



*Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Gladbeck*

V.i.S.d.P. Bernd Lehmann
Stadtverbandssprecher
Rentforter Straße 43 a
D-45964 Gladbeck

Telefon: 0 20 43 / 2 54 12
Fax: 0 20 43 / 2 17 76
E-Mail: info@gruene-gladbeck.de



Greenplease-Archiv
In unserem übersichtlichen Newsletter-Archiv können Sie durch alle Ausgaben seit August 2003 stöbern. Die pdf-Dokumente sind auf unseren Internetseiten abrufbar:
→ [zum Archiv](#)

Zu diesem Newsletter:

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich über unsere Seite in unseren Info-Verteiler eingetragen haben. Es kann aber auch sein, dass Ihnen diese Ausgabe unseres Newsletters von uns oder anderen zugesandt wurde, weil wir meinten, dass Sie Interesse an Informationen über unsere Stadt haben.

Es liegt uns fern, Sie unaufgefordert mit emails zu belästigen. Um den Newsletter zu abonnieren bzw. um ihn (nach einer Anmeldung) wieder abzubestellen, können Sie eine leere e-mail an folgende Adressen senden:

→ **anmelden:** gruene-gladbeck-subscribe@domeus.de

→ **abmelden:** gruene-gladbeck-unsubscribe@domeus.de

Ein- und austragen können Sie sich auch über unsere Internetseite. Gerne stehen wir Ihnen auch telefonisch, per email oder Fax. zur Verfügung.

Umweltzone Ruhrgebiet Flickenteppich bleibt Flickenteppich

Zu dem Beschluss der Landesregierung, zum Thema Umweltzonen im Ruhrgebiet, erklärt Johannes Remmel MdL, Parlamentarischer Geschäftsführer und umweltpolitischer Sprecher der grünen Landtagsfraktion:

Umweltminister Uhlenberg schafft es nicht, eine große Umweltzone Ruhrgebiet durchzusetzen. Dies bestätigt auch der heute im Kabinett gefasste Beschluss zu diesem Thema. Denn wenn man bei einem Flickenteppich die Flecken auch etwas anders aufnäht, am Ende bleibt es doch ein Flickenteppich. Nach diesem erneuten Armutszeugnis der Koalition aus CDU und FDP

kann ich die Menschen im Ruhrgebiet nur auffordern, sich gegen diesen faulen Kompromiss zur Wehr zu setzen. Nur so kann es gelingen, dass diese Landesregierung den gesundheitlichen Schutz der Menschen im Ruhrgebiet vor Feinstaub, Stickoxiden und Lärm endlich ernst nimmt.

Der als 'Lösung' bezeichnete Kompromiss der Koalition mag zu einer Befriedung der Koalitionspartner beitragen. Er wird aber zu einem großen Chaos innerhalb des Ruhrgebiets führen. Die Ruhrgebietskommunen werden vor große Probleme gestellt und mit dem daraus entstehenden Chaos allein gelassen. Eine Lösung für

die Menschen im Ruhrgebiet sieht anders aus!

Foto: Anders als bei Industrieabgasen werden beim Verkehr die Schadstoffe nicht über hohe Schornsteine weiträumig verteilt, sondern wirken sich unmittelbar im Umfeld des Menschen aus.

